

Seite 8
en
RM.
schon
r die
ultu-
nden
deut-
s des
Adolf
don
1934
er-

Ersteinst 6 mal wöchentlich.
Monatlicher Bezugspreis 2,70 RM. Einzelnummer 10 Pf.
Die Sonntags-, sowie Sonntag- und Feiertagsnummer 20 Pf.

Verlagsgesellschaft Dresden — Anzeigenpreis: die Spalte 20
breite Zeile 8 Pf. — für Familienanzeigen und Einzelzeilen
5 Pf. — für Kleinanzeigen können mit kleiner Schrift
besprochen werden.

Sächsischer Volfzeitung

Freitag, 16. August 1935

Schriftleitung: Dresden-N., Volkerstr. 17, Fernruf 20711 u. 20112
Gesamtleitung, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei und
Verlag Th. und G. Wintel, Volkerstr. 17, Fernruf 21012,
Postfach Nr. 1023, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94707

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einleitender Betriebs-
störungen hat der Verleger oder Verbandsvertreter keine An-
sprüche, falls die Zeitung in beständiger Ausgabe, ununter-
brochen oder nicht erscheint. — Gründungsjahr Dresden, —

Der abessinische Behauptungswille Eine Erklärung des Kaisers von Abessinien Roosevelts Aussichten

„Im Notfall wird jeder Mann und jede Frau kämpfen!“

London, 15. August.
News Chronicle meldet, der Kaiser von Abessinien habe dem Vertreter des Matto in einer Unterredung erklärt:
Im Notfall wird jeder Mann und jede Frau kämpfen, selbst wenn sie nichts anderes als Steine haben.
Wir werden keinen Fußbreit Land an der Hochgrenze aufgeben. Die ganze Nation wird lieber zu Grunde gehen, als dies zu lassen. Alle Stämme und Gruppen im Lande sind hinter ihrem Kaiser gegen jeden Eindringling vereint, wie niemals zuvor in der Geschichte. Wir bedauern, daß befreundete Staaten uns nicht erlaubt haben, Waffen kommen zu lassen, aber, auch schlecht bewaffnet, wie wir sind, können wir alle italienischen Angriffe abschlagen.

Ueber die Dreimächteverhandlungen äußerte der Kaiser: Wir glauben nicht, daß Frankreich und England eine neue Ungerechtigkeit zu denen hinzufügen werden, die Italien uns bereits angetan hat. Wir erwarten nicht, daß Pläne für die Aufstellung Abessiniens aufgestellt werden, denn die Mächte haben unsere Unverletzlichkeit gewährleistet. Da der Kaiser wiederholt äußerte, er vertraue auf Gottes Schutz, fragte der Korrespondent: Aber ist Gott denn nicht auf der Seite, die die größten Kanonen hat? Der Kaiser erwiderte:

O nein, niemals im Falle Abessiniens, nicht einmal bei Napoleon. Er wurde schließlich trotz seiner starken Batterien besiegelt, weil er das Recht nicht auf seiner Seite hatte.

In Abessinien gibt es keine öffentliche oder private Waffen- oder Kriegsmunitionswerkstatt. Die kaiserlich-abessinische Regierung ist heute nicht in der Lage, sich außerhalb ihrer Grenzen Verteidigungsmittel zu beschaffen. Ueberall, wo sie solche Verteidigungsmittel zu kaufen sucht, stößt sie auf Auslieferungshetze.
Wird der Völkerbundrat untätig bleiben im Hinblick auf die Lage, die vollständig ernstlich wird? Wird er zulassen, daß dieser ungleiche Streit zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes andauert, von denen das eine Mitglied, das sehr mächtig ist, die Möglichkeit hat, alle Hilfsmittel zur Vorbereitung eines Angriffes auszunutzen, während das andere, das schwach und friedfertig ist, und die internationalen Verpflichtungen achtet, keine Möglichkeit hat, die Verteidigung seines Gebietes und seines bedrohten Volkes zu organisieren? Wird der Völkerbundrat die Verantwortung vor der Welt übernehmen, die Vorbereitungen zur Niederschlagung eines Volkes, das niemand bedroht, ohne einzuschreiten, zu lassen?

Kein fertiger Plan der englischen Abordnung für die Dreierkonferenz

London, 15. August.
Der Pariser Timesberichterfasser meldet, die britische Abordnung habe keinen fertigen Plan mitgebracht. Sie sei der Ansicht, daß es nicht an England sei, Bedingungen vorzuschlagen, die vielleicht von Italien oder Abessinien abgelehnt werden würden. Die streitenden Parteien sollten selbst Vorschläge machen. Der Berichterfasser betont, daß „bisher“ von einem Streit zwischen England und Italien keine Rede sei, und daß nicht nur Frankreich, sondern auch England als Vermittler handle. Laval scheint diesem Bericht zufolge Eden gegenüber privat über mangelhafte diplomatische Vorbereitung der Dreimächtekonferenz geklagt zu haben. Die französische und die britische Regierung sollen im übrigen bezüglich ihrer Pflichten als Mitglieder des Völkerbundes der gleichen Ansicht sein.
(Ueber die erste Begegnung Eden — Laval höheres auf Seite 3.)

Amerika ist groß und sein Einfluß auf die übrige Welt ist gewaltig, trotz des Völkerbundes, dem Amerika bisher ferngeblieben ist. Eine wirkliche Beförderung der amerikanischen Wirtschaftslage würde die Wirtschaft der ganzen übrigen Welt so nachhaltig beeinflussen, daß damit geradezu das Ende der allgemeinen Wirtschaftskrise gekommen wäre. Deshalb können die Völker Europas mit lebhafter Anteilnahme auf alle Vorfälle, die dort drüben eine Wende, einen politischen oder einen wirtschaftlichen Umschwung andeuten könnten. Der jüngste Sieg der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen im Staat Rhode Island ist ein solches Zeichen, mit dem sich jetzt auch die ganze Weltöffentlichkeit beschäftigt. Davi diese Niederlage der demokratischen Partei des Präsidenten John F. Roosevelt im November 1936 aufgeschlüsselt werden? Ist Roosevelt schon würde geworden? Steht er in seiner Wirtschaftspolitik schon einige Schritte zurück mit Rücksicht auf seine Aussichten für eine Wiederwahl? Ist die Konjunkturwende schon da und hat sie die Beirung von der Rooseveltischen Reglementierung, die viele für den November 1936 erhoffen, schon vorweggenommen?

Diese Fragen bilden in diesen Tagen den Hauptinhalt der amerikanischen Presse und der Tagesgespräche. Je nach der politischen Einstellung und je nach dem wirtschaftlichen Eigeninteresse finden sie eine bejahende oder eine verneinende Beantwortung. Wer wird nun schließlich recht behalten? Der wilde Meinungssturm in der amerikanischen Presse zeigt, wie schwer es drüben ist, zu einem sicheren Urteil zu kommen. Für einen deutschen Beobachter ist das nicht weniger schwer. Trotzdem hat er den großen Vorteil, objektiv sein zu können. Hier Dinge sind es vor allem, die sich jetzt und künftig von seinen Gegnern gegen den Präsidenten und seine Verwaltung ausbreiten lassen: die Unbeliebtheit der neuen Steuern auf Einkommen und Erbschaften bei den großen Unternehmern und den reichen Leuten, der große und ständig wachsende Fehlbetrag im Staatshaushalt, die unvermindert große Zahl der Arbeitslosen und schließlich die für die wirtschaftspolitische Geheißung der Rooseveltischen Verwaltung ungünstigen Urteilsprüche des Obersten Gerichtshofes mit ihren weitreichenden Folgen.

Neuer Protest Abessiniens beim Völkerbund

Paris, 15. August.
Der abessinische Gesandte in Paris hat dem Generalsekretär des Völkerbundes folgenden Schreiben überreicht: „Auf Anordnung meiner Regierung bitte ich, folgenden Appell zu Kenntnis der Mitglieder des Völkerbundes zu bringen. Trotz der Wiederannahme des Schiedsgerichtsverfahrens entsprechend dem Beschluß des Völkerbundes vom 3. August fährt die italienische Regierung fort, Truppen und Munition nach Ostafrika zu entsenden. Es kommen ohne Pause Waffen und Kriegsinstrumente her in der feierlich erklärten Absicht, sie gegen das abessinische Reich zu richten.“

Weitere ital. Truppentransporte nach Afrika

Rom, 15. August. Am Mittwoch sind von Neapel bzw. von Messina aus vier Transportdampfer nach Ostafrika in See gegangen. Einer der Dampfer, „Ganges“, hat 2000 Mann an Bord.

Spanien und der italienisch-abessinische Konflikt

Madrid, 15. August.
Der spanische Ministerrat sagte am Mittwoch in San Sebastian. Der Außenminister berichtete über die internationale politische Lage und stellte fest, daß die spanische Regierung die Entwicklung des italienisch-abessinischen Konfliktes mit großer Aufmerksamkeit verfolge, da Spanien wegen seiner geographischen Lage am Mittelmeer, seiner Interessen in Afrika und seiner traditionellen Beziehungen zur muslimischen Bevölkerung ein unmittelbares Interesse an dem Ausgang der Streitigkeiten habe. Wie verlautet, hat die spanische Regierung den Eindruck, daß durch die zwischen den Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens abgehaltenen Konferenzen über die Abessinienfrage sowie besonders durch die Vermittlung Lavals nur die Verschiebung des offenen Streitandes um einen Monat erreicht worden sei. Ferner hielt er der Minister — wie er schon früher zum Ausdruck gebracht hat — für angebracht, der englischen Mittelmeerpolitik besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und stets in Uebereinstimmung mit England zu handeln. In Anbetracht der ausnahmslos internationalen politischen Lage wurde der Beschluß gefaßt, die Pläne der nationalen Verteidigung, besonders hinsichtlich des Küstenlandes, der Flottenstützpunkte sowie der Befestigung der Balearenischen Inseln beschleunigt zur Ausführung zu bringen.

Umfangreiche Zoll- und Devisenschiedungen aufgedeckt

Machen, 15. August.
Der Zollfahndungsstelle Machen ist es gelungen, einer Schieberbande das Handwerk zu legen, die in den Monaten März — Juni 1935 umfangreiche Zoll- und Devisenschiedungen durchgeführt hat. Das Haupt der Bande ist der belgische Kaufmann Fritz Wintermanns aus Verdiers, der in der angegebenen Zeit erhebliche Mengen von Textilrohstoffen aus Belgien nach Deutschland eingeführt hatte.
Um die Nachprüfung der Deviseneinreichung unmöglich zu machen, wurden bei der Verzollung Waren und Empfänger falsch deklariert. Obwohl die deutschen Abnehmer wußten, daß Wintermanns Ausländer ist, nahmen sie von ihm die Ware ab und zahlten auch an ihn die geforderten Beträge, die der Belgier dann sofort ins Ausland schaffte.
Auf diese Weise sind etwa 1 Million RM. ins Ausland verschoben worden.
Mehr als 20 Personen werden sich wegen dieser Schiedungen demnächst vor Gericht zu verantworten haben. Zur Zeit befinden sich 5 Personen in Untersuchungshaft. Die Zollfahndungsstelle Machen konnte noch Sachwerte und Geldbeträge, die Wintermanns und seinen Helfern gehörten, in Höhe von mehr als 100 000 RM. beschlagnahmen, unter anderem 6000 kg Wolkgarn, 6000 kg Baumwollabfälle und 15 000 kg Kamming.

Der neue ital. Botschafter in Berlin eingetroffen

Berlin, 15. August.
Der neue italienische Botschafter in Berlin, Dr. Bernardo Attolico, traf heute morgen 8 Uhr mit dem fahrgestützten Zuge, aus Moskau kommend, in Begleitung seiner Gattin auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Zu seinem Empfang hatten sich eingeladen der Chef des Protokolls, Graf v. Plesswitz, der Vertreter des Staatssekretärs und Chefs der Präsidialkanzlei Dr. Meißner, Ministerialrat Kiewitz, der italienische Referent im Auswärtigen Amt, Geh. Rat von Reuther-Fink, und Legationsrat Altenburg; außerdem war das gesamte Personal der italienischen Botschaft unter Führung des Geschäftsträgers Marquis Diana zur Begrüßung des neuen Botschafters auf dem Bahnhof anwesend.
Ein Mädchen des Berliner Rosens überreichte der Gattin des Botschafters einen herrlichen Rosenstrauß.

Keine Beurteilung von Wehrmachtangehörigen mehr zu Exerzitten

Wie der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht in einer Verfügung mitteilt, besteht infolge der Einführung der allg. Wehrpflicht und angesichts der Kürze der für die Ausbildung zur Verfügung stehenden Dienstzeit keine Möglichkeit mehr, Wehrmachtangehörige zu Exerzitten beider Konjessionen zu beurteilen. Der Minister ordnet daher an, daß derartige Beurteilungen in Zukunft unterbleiben.

Abgesehen davon, daß die Steuervorlage vom Repräsentantenhaus angenommen ist, aber im Senat auf großen Widerstand stößt, treffen ihre Bestimmungen nur die Großen. In gewissem Sinn will Roosevelt damit etwas Ähnliches, was in Deutschland mit der Besteuerung der privaten Gewinne aus der öffentlichen Arbeitsbeschaffung eritreit wird. Die Republikaner sehen in der „Verteilung des Reichtums“ das Ende der amerikanischen freien Wirtschaft und die Progressisten im Senat halten die Höhe der Vorlage für ganz unzureichend. Durch die Vorlage sollen jährliche Einkommen von 50 000 Doll. aufwärts einer Sonderbesteuerung unterworfen werden. Bei Einkommen über 2 Mill. Doll. sollen drei Viertel weggeheuert werden. Durch die vorgeschlagene neue Körperschaftsteuer werden die Unternehmungen 5 Prozent ihrer Jahresgewinne abgeben müssen, sofern diese zwischen 8 und 12 Prozent ihres Kapitals betragen. Der Steuerfuß steigt mit höheren Gewinnen und beträgt schließlich 20 Prozent bei allen Gewinnen, die höher sind als 25 Prozent des Kapitals. Die neue Erbschaftsteuer wird bei einem Nachlaß von 50 000 Doll. beginnen und künftig ansteigen, um bei Nachlässen von 10 Mill. Doll. einen Satz von 75 Prozent zu erreichen. Die Verwaltung wollte aus diesen drei Steuern jährlich zusätzlich 300 Mill. Doll. heraushehlen. So wie die Vorlage zum Senatsauschuß gelangt ist, werden aber höchstens 25 Mill. Doll. aufzubringen sein. Im übrigen gehen in der Steuerfrage die Arbeitslosen und die Gewerkschaften mit dem Präsidenten. Der große Fehlbetrag des Staatshaushalts, der im laufenden Jahr etwa 4,5 Milliarden Doll. betragen und für das kommende Finanzjahr auf etwa 3 Milliarden geschätzt wird, bedeutet für die Stabilität der amerikanischen Währung und für die Sicherheit der Wirtschaft natürlich keine Gefahr. Das wäre erst der Fall, wenn die Deckung dieses Fehlbetrags wirklich mit inflationistischen Mitteln versucht würde. Dafür liegt aber gegenwärtig noch kein Anzeichen vor. Viel größer ist die Gefahr für eine kommende Wirtschaftsbelebung, wenn die Verwaltung versuchen wollte, den Fehlbetrag oder einen Teil desselben etwa durch Erhöhung der Steuerlasten einzubringen.
Die schwierigste Frage für die Verwaltung Roosevelts ist weder die kleine Steuervorlage, die ja niemals als Deckungsmittel für den Fehlbetrag der Staatsrechnung gedacht gewesen ist, noch der Fehlbetrag selbst. Die schwerste Sorge bildet vielmehr das reiflose Verlangen der Anfuhrungsmaßnahmen des Präsidenten hinsichtlich der Verringerung der Zahl der Arbeitslosen. Die Vereinten